

Standfest gegen die NSDAP – auch als Abgeordneter

Max Traeger und die DDP/Deutsche Staatspartei –

2. Replik auf den Artikel von B. Nette/St. Romey in hlz 11/2017, S. 56ff

Die ehrverletzenden Behauptungen, Max Traeger sei „braunbefleckt“ und habe mit ehemaligen Nazis kollaboriert, habe ich nachgeprüft und in einer Biografie über Max Traeger deutlich gemacht, dass es nicht einen einzigen belegbaren Hinweis gibt, der diese Vorwürfe stützt – im Gegenteil. Max Traeger hatte sich seit der Novemberrevolution in Hamburg demokratisch betätigt, sowohl als Vorsitzender (Proponent) der Volksschullehrergewerkschaft, der „Gesellschaft der Freunde“, als gewählter Vertreter im Lehrerrat, in der Lehrerkammer und im Beamterrat sowie als Schulleiter. Er hatte sich stets vehement mit rechtskonservativen, deutschnationalen und nationalsozialistischen Positionen und deren Organisationen ausein-

andergesetzt und dabei keinerlei Sympathien für deren Ideologie und ihre Funktionsträger gezeigt. Im Gegenteil. Seine standfeste Haltung gegen die Nationalsozialisten zeigte er seit 1927 als Bürgerschaftsabgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Nach deren Umbenennung in Deutsche Staatspartei blieb seine Haltung unverändert. Dies habe ich in der Biografie über Max Traeger dargestellt und erst danach wurden, wie in einem Hase-und-Igel-Spiel, Fragen aufgeworfen, die die Geschichte der DDP und der Deutschen Staatspartei thematisierten.

Den Startschuss dafür gab Micha Brumlik, Doktorvater von Benjamin Ortmeier, der in der „taz“ am 2.5.2017 in der Kolumne „Gott und die Welt“

Deutsche Staatspartei in der Krise

Die DDP war in der Weimarer Republik eine relativ erfolgreiche Partei, die an fast allen Reichsregierungen bis 1932 beteiligt war. Allerdings hatte sie seit 1919 (18,5 Prozent der Wählerstimmen) im Laufe der Jahre einen abnehmenden Stimmenanteil. Insbesondere seit den Reichstagswahlen 1928 (4,9 Prozent entsprachen 25 Sitze im Reichstag) machten sich Funktionäre in der DDP Gedanken über Versuche, Kräfte zu bündeln, auch von Unzufriedenen aus der DVP, wie Theodor Eschenburg, unter Einschluss einer Organisation „Jungdeutscher Orden“ von Artur Mahraun, die bei Gründung 1920 einen Arierparagrafen hatte. Dies hatte innerhalb der DDP zu heftigen Diskussionen und zum Austritt einiger linker Jungdemokraten geführt, war aber aus meiner Sicht eher eine vorübergehende Phase, die sich auf den Zeitraum von wenigen

Monaten um die Reichstagswahl 1930 beschränkte.

Bei genauerer Beschäftigung mit der Person Arthur Mahraun kommt man zu einer differenzierteren Einschätzung. Mahrauns Grundideen waren gegen einen Parteienstaat gerichtet; er hatte ein Konzept entwickelt, das auf Bürgerbeteiligung vor Ort orientiert war. Manche DDP-Funktionäre erhofften sich dadurch möglicherweise eine Mobilisierung der Basis. Alexander Kessler hielt in seiner Schrift „Der Jungdeutsche Orden auf dem Wege zur deutschen Staatspartei“ fest: „Ganz ohne Zweifel spielten grundsätzliche Voreingenommenheit der gegen den Jungdeutschen Orden eingestellten demokratischen Parteikreise eine unheilvolle Rolle, wobei der angebliche ‚Antisemitismus‘ der Jungdeutschen den hauptsächlichen Angriffspunkt bot. Wohl waren antisemitische Anklänge während der völkischen Periode des Ordens zwischen 1922 und

1925/26 festzustellen gewesen, doch im Zuge des ideologischen Reifungsprozesses verschwunden. Der Orden war vielmehr auch in diesem Punkt zum förmlichen Gegner des Nationalsozialismus geworden.“ (Kessler, München 1980, S. 26)

Und Klaus Hornung schrieb in seinem Buch über den „Jungdeutschen Orden“, Düsseldorf 1958: „Im Staat wurde dagegen den Juden die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zuerkannt. Mahraun nannte den Antisemitismus ein ‚Minderwertigkeitsgefühl‘ und eine ‚Barbarei‘.“ (S. 101)

In seiner Schrift: „Die Deutsche Staatspartei. Eine Selbsthilfeorganisation Deutschen Staatsbürgertums“ (Jungdeutscher Verlag, Berlin 1930) schrieb Mahraun auf die Frage: „Wie steht die Deutsche Staatspartei zum Judentum?“, „Die Deutsche Staatspartei erkennt die staatsbürgerliche Gleichberechtigung deutscher Juden an. Sie wendet

der GEW vorwarf, sie hätte „Scheu vor der historischen Wahrheit“ und behauptete: „Die Stiftung der GEW ist nach Max Traeger benannt. Er steht beispielhaft für die vielen Lehrer, die sich dem Nationalsozialismus andienten.“ Eine groteske Verdrehung, wie ich in der Biografie Max Traeger und in der HLZ 12/2017 dargestellt habe. Jemand, der der GEW „Scheu vor der historischen Wahrheit“ vorwirft, muss sich prüfen lassen, wie er es denn mit der „historischen Wahrheit“ hält. Er nennt die Deutsche Staatspartei eine „rechtsradikale Splitterpartei“, die in seinem Text auch als eine „faschistische Partei“ bezeichnet wird. Als Quelle für diese Charakterisierung der Deutschen Staatspartei gibt der Wissenschaftler Brumlik Wikipedia an und zitiert: „Im Jahr 1930 vereinigte sich die DDP mit der Volksnationalen Reichsvereinigung zunächst für die Reichstagswahl zur Deutschen Staatspartei. Das brachte heftige Konflikte innerhalb der Partei mit sich, denn es handelte sich um den politischen Arm des konservativ-antisemitischen „Jungdeutschen Ordens“ von Artur Mahraun. Nach dieser Fusion traten viele Mitglieder des linken Flügels... aus der Partei aus.“ Das reichte Brumlik für die Stigmatisierung. Die weiteren Sät-

ze in Wikipedia ließ er einfach weg: „Die DDP war neben der SPD eine der entschiedensten Befürworterinnen der Weimarer Republik. Hochburgen der Partei fanden sich in Berlin, Potsdam, Schleswig-Holstein, Württemberg, dem Bereich Weser-Ems und ganz besonders in Hamburg, wo der zeitweilige Parteivorsitzende Carl Wilhelm Petersen erster Bürgermeister und damit Regierungschef war.“ Oder: „In der Öffentlichkeit herrschte zum Teil das – faktisch falsche und antisemitisch aufgeladene Vorurteil –, die DDP sei die Partei des Hochkapitals. In den späteren Jahren nutzte die NSDAP dies aus, indem sie die DDP als ‚die Judenpartei‘ diffamierte.“

Da über Max Traeger nichts Belastendes gefunden wurde, wird versucht, ihn über seine Partei in Misskredit zu bringen. Aber selbst das gelingt nicht.

Prüfen wir jetzt einmal die Geschichte der DDP/Deutsche Staatspartei, insbesondere in Hamburg und dabei meine Aussage, dass es sich in Hamburg um eine linksliberale Partei gehandelt habe und welche Rolle dabei Max Traeger spielte.

DER VERFASSER

sich gegen jeden demagogischen Antisemitismus.“ (S. 33)

Über die Nationalsozialisten äußerte Artur Mahraun:

„Der Glaube, dass man durch Gewährung von Diskussionen schwerere Zusammenstöße mit den Nationalsozialisten vermeiden könne, ist irrig. Die Nationalsozialisten sind dazu erzogen, ihre Werbung keineswegs auf sachlicher Überzeugungskraft aufzubauen. Ihre Werbemethode besteht im Gegensatz dazu in der rücksichtslosen Hervorkehrung eines phrasenreichen Kraftmeiertums. Bei der großen Enttäuschung der Bevölkerung über die Leistungen der alten bürgerlichen Parteien hat dieses Kraftmeiertum gegenwärtig eine zweifellose Wirkung, besonders auf die Verärgerten in allen Ständen. Die allgemeine Stimmung geht dahin, dass weite Volkskreise sich nach entschlossenen Taten sehnen. Man erwartet diese nicht mehr von den alten bürgerlichen Parteien. Man erhofft

sie aber von den Nationalsozialisten, da diese ihren Tatwillen unaufhörlich beteuern. Auf viele Gemüter wirkt in diesem Sinne der nationalsozialistische Terror auf der Straße und in den politischen Versammlungen.

Der Wahlkampf der Deutschen Staatspartei hat eine große Aufgabe, nämlich diese Gemüter davon zu überzeugen, dass Willenskraft und Tatfreudigkeit nicht nur bei den Nationalsozialisten zu finden sind. Die Wahlversammlungen der Deutschen Staatspartei müssen der Bevölkerung den Nachweis von dem Vorhandensein eines neuen und besseren Aktivismus geben, der in seiner Wirkungskraft dem negativen Aktivismus der Nationalsozialisten durchaus gewachsen ist.“ (S.35)

Manchmal lohnt es sich, über Wikipedia hinaus sich mit Personen und Ideen weiter zu beschäftigen.

Nachdem die Deutsche Staatspartei bei den Reichstagswahlen

1930 wiederum geschwächt war und mit 20 Abgeordneten ein enttäuschendes Wahlergebnis hatte gegenüber 107 Abgeordneten der NSDAP, trat Mahraun mit seinem „Jungdeutschen Orden“ wieder aus der Staatspartei aus. Die Phase der Deutschen Staatspartei mit dem „Jungdeutschen Orden“ überdauerte insgesamt nicht das Jahr 1930. 1933 wurde der „Jungdeutsche Orden“ von den Nationalsozialisten in allen Ländern verboten. Mahraun wurde am 11. Juli 1933 in Berlin verhaftet und dabei schweren Misshandlungen ausgesetzt.

DDP/Deutsche Staatspartei und jüdische Wähler_innen

In ihrer Dissertation „Antisemitismus im Reichstag, jüdenfeindliche Sprache in Politik und Gesellschaft der Weimarer Republik“ (Frankfurt am Main 2014) schreibt Susanne Wein: „Den Rechtsextremen galt besonders die Deutsche Demokratische Partei (DDP) als Inbegriff

der System- und Republikverteidigung und voller ‚Juden‘, die im Parlament antisemitische Angriffe zurückwies“.

Zusätzlich gibt es eine Untersuchung von Martin Liepach über das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung in der Weimarer Republik (Tübingen 1996). Danach haben 1930 64 Prozent der Juden in Deutschland die DDP gewählt, 28 Prozent die SPD. Nach 1930 wählten 19 Prozent der Juden die Deutsche Staatspartei, 62 Prozent die SPD. 1932 äußerten sich die Leser der Zeitung des „Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“: „So war von den Lesern ein dezidiertes Wahlverhalten empfohlen: In den als sicher anzusehenden Wahlkreisen der Deutschen Staatspartei (Hamburg, Berlin und Württemberg) sollte der jüdische Wähler für diese Partei stimmen. In allen anderen außerhalb der genannten Wahlkreise sollen dann das Zentrum oder die Sozialdemokraten gewählt werden.“ Man brauchte 60.000 Stimmen für die Erbringung eines Mandates in einem der 35 Reichswahlkreise.

In seiner Arbeit „Die FDP von 1945 bis 1953“ (Hamburg 2007) bestätigt Christoph Brauers dies für Hamburg 1930. Er schreibt: „Für die zu erwartende liberale Mini-Fraktion im neuen Reichstag im Bunde mit den Jungdeutschen suchte der Vorstand nach sicheren Wahlkreisen für ihre unverzichtbaren Fachleute. Zu diesen zählte auch der Wirtschaftsexperte der Partei Gustav Stolper, der von Carl Petersen als Hamburger Kandidat unterstützt wurde. Auf Empfehlung des Bürgermeisters nominierte der Landesvorstand Mitte August Gustav Stolper für den ersten Platz der Landesliste. Stolper war ein in Wien geborener Sohn ostjüdischer Einwanderer. Er hatte sich in den Parteigremien scharf gegen das Zustandekommen des Wahlbündnisses gewandt. Stolper selbst wurde im Wahlkampf

Judenfrage und Staatspartei

Vor zahlreicher Hörerschaft aus dem Interessen- und Aufgabekreis der Frauengruppe des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sprach Schulrat Emmy Beckmann, M. d. B., über die Gründung und den Ausbau der Deutschen Staatspartei. Sie wies darauf hin

Wesentliche Unterschiede zwischen Deutscher Staatspartei und Parteien von rechts und links herrschen in bezug auf die kulturellen Belange. Die Staatspartei wehrt sich gegen jede Eingengung deutscher Kultur, weil sie die Geschichte des deutschen Volkes kennt. Weil sie weiß, daß seine Kultur hervorgegangen ist aus dem Zusammenwachsen vieler Wurzeln. Sie weiß, daß das deutsche Volk Heidentum, Christentum und Judentum in sich aufgenommen und in sich verarbeitet hat. Dies Wissen gibt

Hamburgischer Correspondent, 16.1.1931

mit einer üblen Hetzkampagne von Seiten der Nazis wegen seiner jüdischen Abstammung überzogen.“ (S.76)

Gustav Stolper erzielte 1930 das reichsweit beste Ergebnis für die Deutsche Staatspartei und blieb Hamburger Abgeordneter bis 1932.

Soviel zu der Expertise von Micha Brumlik, der die Deutsche Staatspartei als „rechtsradikale Splitterpartei“ charakterisierte.

Wahlkampf

Von einer Veranstaltung des „Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ berichtete am 16.1.1931 der „Hamburgische Correspondent“. Referentin war die Hamburger Oberschulrätin und Bürgerschaftsabgeordnete Emmy Beckmann, die über die Gründung und den Ausbau der Deutschen Staatspartei referierte. „Sie wies darauf hin, dass auch diese Partei, deren Anfeindung vielfach aus missverständlicher Auffassung ihrer Zielsetzung geschehe, den Gedanken der Nation in kultureller und sozialer Hinsicht betone. Sie erkenne und wolle die Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes wieder neu begründen und stabilisieren. In ihrer Stellung zur Frau, zum Frieden und zum Judentum habe sich nichts geändert. Auch in diesen drei Fragen ist die Staatspartei, die auf neuem Bo-

den den in rasender Geschwindigkeit vorwärtsdrängenden Forderungen des Tages gerecht werden will, der programmatischen Grundeinstellung der alten Demokratischen Partei treu geblieben [...].

Wesentliche Unterschiede zwischen Deutscher Staatspartei und Parteien von rechts und links herrschen in Bezug auf die kulturellen Belange. Die Staatspartei wehrt sich gegen jede Eingengung deutscher Kultur, weil sie die Geschichte des deutschen Volkes kennt. Weil sie weiß, dass seine Kultur hervorgegangen ist aus dem Zusammenwachsen vieler Wurzeln. Sie weiß, dass das deutsche Volk Heidentum, Christentum und Judentum in sich aufgenommen und in sich verarbeitet hat. Dies Wissen gibt ihr die Achtung und den Glauben an die Kulturkräfte, die seit Jahrhunderten in das deutsche Volk hineingetragen sind. Sie möchte deshalb keinen dieser Ströme missen.

Die mit der Hoffnung auf eine Stärkung ihrer Partei schließenden Ausführungen lösten lebhaftes Sympathiekundgebungen für die Rednerin aus.“

Staatspartei gegen Nationalsozialismus

Fast zur selben Zeit berichtete der „Hamburger Anzeiger“ am 4.2.1931 von einer Kampagne der Deutschen Staatspartei:

„Die Deutsche Staatspartei

hat gestern einen energischen politischen Feldzug begonnen. In 15 Versammlungen in allen Stadtteilen, Vororten und in den Walddörfern, traten die Führer der Hamburger Organisation dem Nationalsozialismus entgegen.“

Einer der Referenten war Max Traeger, der auf einer Veranstaltung in Rothenburgsort sprach.

„Überall wurde die Kampfmethode der nationalsozialistischen Bewegung scharf charakterisiert: Mit Terror, Verleumdung des Gegners und gewissenloser Agitation will eine Partei, die den Idealismus für sich reklamiert, an die Macht gelangen. Der blinde Wille zur Macht leitet die Nationalsozialisten, kein Programm und keine Idee.

In Arbeiterversammlungen sprechen sie radikaler als die Kommunisten, in Festsitzungen der Industriellen versprechen sie, die Gewerkschaften schachtmatt zu setzen. Es kommt ihnen nicht auf eine neue Inflation an, es kommt ihnen auch nicht auf eine schwere Schädigung der Hamburger Interessen an, wie die Einfuhrmonopole zeigen, die von den Nationalsozialisten verlangt werden. Ihre politischen Pläne sind absurd; aber das Gefährlichste ist die Atmosphäre, in die sie das deutsche Volk gerissen haben, der Geist der persönlichen Verleumdung, die das politische Wissen und das politische Argument ersetzen muß.

Die Versammlungen waren gut besucht, die Diskussionen durchweg lebendig.“

Die DDP und später Deutsche Staatspartei waren geprägt durch Carl Petersen, der jahrelang Bürgermeister in Hamburg gewesen war, zeitweise Parteivorsitzender der DDP, ein linksliberaler Kaufmann, der sich in den letzten Jahren vor 1933 mit Rudolf Roß von der SPD als Bürgermeister abwechselte. Petersen war ein strikter Gegner der NSDAP. Noch 1932 hoffte er, „dass die Hamburger Bürger es ablehnen

werden, sich von Herrn Hitler kommandieren zu lassen.“ Er rief auf „gegen allen Radikalismus von rechts und von links, gegen Demagogie und Phrasenlärm, gegen politischen Dilettantismus und zersetzende Kräfte.“ (Erich Lüth: Carl Petersen – Wegbereiter des Bündnisses zwischen Bürger und Arbeiter in Hamburg, Hamburg 1971, S. 27)

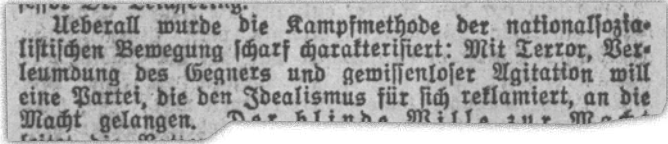
Max Traeger war seit 1927 Bürgerschaftsabgeordneter der DDP/Deutsche Staatspartei. Er verehrte sowohl Carl Petersen wie auch Rudolf Roß und hatte einen sehr engen Kontakt zu den anderen Pädagogen, die als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft als SPD- oder DDP-Mitglieder dem Parlament angehörten. Erich Lüth nennt in seinen diversen Büchern zur Geschichte der Bürgerschaft immer wieder Max Traeger in einem Zusammenhang mit Richard Ballerstaedt, Heinrich Landahl, Emmy Beckmann, Theodor Blinckmann und Johannes Schult, allesamt eindeutige Nazigegner. (Erich Lüth: Hamburgs Schicksal lag in ihrer Hand, Geschichte der Bürgerschaft, Hamburg 1966)

Unter der Führung von Carl

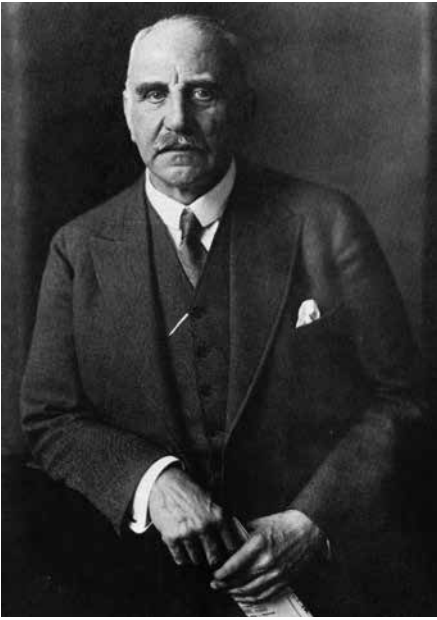
Petersen forderte die DDP/Deutsche Staatspartei bei jeder Gelegenheit eine härtere Gangart gegenüber den Nationalsozialisten. Petersen warnte davor, das Bündnis mit den Sozialdemokraten zu gefährden (Brauers 2007, S. 79). Er sagte im Bürgerchaftswahlkampf 1931: „Welchen Hamburger packt nicht bei dem Gedanken ein Grauen, dass Hitler Hamburgs Senatoren ernennen würde.“ (S. 80).

Brauers beschreibt, dass fast überall im Reich die Liberalen aufgrund der schlechter werdenden Wahlergebnisse in Aufregung gerieten. Mit Sorge sah man, dass die Wähler sich immer stärker in Richtung radikaler Parteien, der NSDAP und der KPD, orientierten. Die Hamburger Staatspartei blieb im Sommer 1932 noch verhältnismäßig homogen. Man erwog eine Listenverbindung mit der SPD unter einem Spitzenkandidaten Petersen.

Schockierend war, dass bei der Reichstagswahl im Juli 1932 unter 608 Abgeordneten gerade noch vier der Deutschen Staatspartei angehörten. SPD und Staatspartei hatten in der Hamburgischen Bürgerschaft



Hamburger Anzeiger, 4.2.1931



Bürgermeister Carl Petersen

seit 1931 keine Mehrheit mehr gehabt. Das Werben für einen „Rechtssenat“, ohne die SPD, fand insbesondere von Seiten der DVP seit 1931 statt. Im Januar 1933 verstärkte sich von bürgerlicher Seite der Druck auf die Staatspartei, die sich bislang verweigert hatte.

In Preußen war der demokratisch gewählte Ministerpräsident Otto Braun (SPD) im Juli 1932 durch einen Staatskommissar ersetzt worden

Nach der „Machtergreifung“ Hitlers in Berlin am 30.1.1933 hielt auch Heinrich Landahl, zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der Deutschen Staatspartei in Hamburg, die politische „Gleichschaltung“ Hamburgs nur noch für eine Frage der Zeit. Mit einer Beteiligung der Staatspartei an einem NS-Senat glaubte er, das Schlimmste verhindern zu können.

Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Staatspartei in der Bürgerschaft, Christian Koch und Finanzsenator Walter Matthaei, „der stabile parlamentarische Mehrheiten zur Bewältigung der Folgen der Wirtschafts-

krise für dringend geboten hielt“, teilten diese Auffassung.

Bürgermeister Petersen, durch eine schwere Gicht daran gehindert, in dieser komplizierten Situation seinen Einfluss geltend zu machen, protestierte entschieden gegen jede Form der Zusammenarbeit seiner Partei mit der NSDAP. Obwohl ans Bett gefesselt (er war, laut Erich Lüth, zu diesem Zeitpunkt ein schwerkranker Mann, außerstande zu gehen und zu schreiben, Lüth 1971, S. 27), hatte er sich im Januar von Parteifreunden dazu über-

reden lassen, seine Autorität und seinen Namen noch einmal in die Waagschale zu werfen und gemeinsam mit dem Württemberger Reinhold Maier und Hermann Dietrich in einem Triumvirat die Führung der angeschlagenen Staatspartei übernommen. Für die auf den 5. März 1933 festgelegte Reichstagswahl schloss er eine Annäherung an die Nazis noch immer kategorisch aus. Stattdessen führte der Reichsvorstand Verhandlungen mit der SPD über eine Listenverbindung, die dann auch eingegangen wurde.

Damit kam die Berliner Parteiführung Christian Koch und Heinrich Landahl in die Quere, die in Hamburg Koalitionsverhandlungen mit NSDAP, DVP und DNVP aufgenommen hatten. Zwischenzeitlich hatte Landahl immerhin ausgehandelt, dass ein Senat zur Hälfte aus Mitgliedern der NSDAP und zur anderen Hälfte aus Mitgliedern der Deutschen Staatspartei, der DVP und der DNVP gebildet würde. Er glaubte immer noch, die parlamentarisch unerfahrenen Nationalsozialisten dabei

in gewisser Weise in Schach zu halten. Landahl selbst war zu diesem Zeitpunkt als Schulsenator vorgesehen.

Nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 erließ Hitler die Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“, die der Verfolgung der Opposition einen legalen Anstrich gab. Der geschäftsführende Hamburger Senat bekam die Folgen der Verordnung bald zu spüren. Innenminister Frick verlangte ein auf zwei Wochen befristetes Verbot des sozialdemokratischen „Hamburger Echos“ wegen „verleumderischer Artikel“ gegen die Reichsregierung. Eine beabsichtigte Zumutung für die SPD-Senatoren.

Am 3. März 1933 erklärten der zweite Bürgermeister Rudolf Roß und die SPD-Senatoren Schönfelder, Krause, Neumann, Eisenbarth und Ehrenteit ihren Austritt aus dem Senat. Auch der schwerkranke Carl Petersen resignierte. In seinem Rücktrittsschreiben als erster Bürgermeister kam seine ganze Enttäuschung über die politische Entwicklung der letzten Wochen zum Ausdruck:

„Ich habe an Herrn Bürgermeister Roß unter dem 1. März 1933 ein Schreiben gerichtet, in dem ich mein Amt zur Verfügung gestellt habe. Der dringenden Bitte, die Herr Bürgermeister Roß und die Herren Senatoren Dr. Matthaei und Dr. de Chapeaurouge mir gegenüber ausgesprochen, dass ich die ohnedies zugespitzte Lage nicht durch meinen Rücktritt noch erschweren möge, habe ich mich dann gefügt. Ich habe in dieser Unterredung darauf hingewiesen, dass ich meine Lebensaufgabe in einer Versöhnung von Arbeiterschaft und Bürgertum gesehen habe. Die Entwicklungen, die jetzt vor sich gehen, scheinen mir an den Präsidenten des Hamburgischen Senats Forderungen zu stellen, die weder mit der Hamburgischen Überlieferung

noch mit der Besonderheit dieses Amtes vereinbar sind.“

Die Nationalsozialisten in Hamburg erhöhten nach der Reichstagswahl am 5. März 1933 die Bedingungen für eine Koalition. „Statt eines Kandidaten der bürgerlichen Parteien für das Amt des Ersten Bürgermeisters bestanden sie darauf, dieses Amt mit einem Mann ihrer Wahl – dem Kaufmann Carl Vincent Krogmann – zu besetzen.“ (Brauers, S. 85)

Die Diskussion innerhalb der Fraktion der Deutschen Staatspartei war langandauernd, kontrovers und heftig. Die Befürworter einer Koalition wollten so versuchen, der dem Hamburger Handel und Hafen schadenden Autarkiepolitik die Spitze zu nehmen. Außerdem wollten sie die Polizeigewalt nicht einem Nazi überlassen und generell einen terroristischen Maßnahmenstaat verhindern.

„Am Ende war nach einer nächtlichen Marathonsitzung die Mehrheit in der 18-köpfigen DStP-Fraktion zur Koalition mit den Nazis bereit. Abgesehen vom erkrankten Carl Petersen gab es nur eine Handvoll Aufrechte in der liberalen Fraktion.“ (Brauers, S. 85)

Es gibt keine personenbezogenen Unterlagen darüber, wer sich innerhalb der Fraktion für oder gegen einen Koalitionssenat aussprach. Die Haltung von Max Traeger ist nicht dokumentiert, ich vermute, dass er auf Seiten des von ihm verehrten Carl Petersen stand.

Auch an der Neuwahl des Senats, von den Nazis auf den 8. März festgelegt, wollte und konnte der ans Bett gefesselt Petersen nicht mehr teilnehmen und legte am Vortag sein Mandat nieder. Carl Petersen erholte sich nicht wieder und starb am 6. November 1933.

Jüdische Abgeordnete der DDP/Deutsche Staatspartei in Hamburg waren auch Max Eichholz und Valentin Burchard, die

später von den Nazis in KZs verschleppt wurden, Eichholz ins KZ Sachsenhausen und später nach Auschwitz, wo er 1942 ermordet wurde, Valentin Burchard 1941 ins Ghetto Minsk. Der jüdische Reichstagskandidat Gustav Stolper war 1933 in die USA emigriert.

Über Landahl schrieb Brauers: „Ihre Hoffnung (Koch und Landahl), die Nationalsozialisten durch politische Kooperation womöglich zu zähmen und zu zivilisieren, war bestenfalls naiv. Genützt hat die Anpassung nach rechts nichts. Kaum waren die Nazis an der Macht, verlor Landahl Bürgerschafts- und Reichstagsmandat und wurde bald auch als Schulleiter der Lichtwark-Schule entlassen. Nur dank der Warnung eines ehemaligen Schülers konnte er unmittelbar vor seiner Verhaftung untertauchen. Einige Wochen musste er sich versteckt halten und führte anschließend ein zurückgezogenes Leben im Privaten.“ (S. 97)

In seiner Broschüre: „Die Auflösung der Hamburgischen Bürgerschaft im Jahre 1933“ (Hamburg 1993) hatte Christoph Brauers festgehalten, dass der SPD am 22.6.1933 im ganzen Reich jede weitere Betätigung untersagt und ihre Mandate im Reichstag und in den Landtagen eingezogen wurden. Am 7. Juli 1933 wurde nach einer Verfügung des Reichsinnenministers die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschlägen der SPD für den Reichstag und die Landtage für unwirksam erklärt. Da auch die fünf Reichstagsabgeordneten der Staatspartei ihre Mandate über die SPD-Liste erworben hatten, galt die Verfügung des Reichsinnenministers auch für die nach der Ländergleichschaltung noch in der Bürgerschaft verbliebenen vier Staatspartei-ler.“ (S. 33f.)

Brauers stellte dazu fest:

„Aber bereits in den vergangenen Wochen und Monaten seit Krogmanns Amtsantritt

waren die Abgeordneten Christian Koch, Max Traeger, Walter Schües und Otto Hertling im Parlament nicht mehr in Erscheinung getreten; Finanzsenator Matthaei war Mitte Mai aus seinem Amt ausgeschieden.“ (Brauers 1993, S. 34)

Der damalige Leiter der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Werner Jochmann, hatte den Gesamtprozess so beschrieben:

„Die Deutsche Staatspartei, die sich im Gegensatz zum Reich in Hamburg dank des Ansehens von Bürgermeister Carl Petersen und dank der sachlich überzeugenden Politik ihrer Repräsentanten im Senat und in der Bürgerschaft respektabel behauptet hatte, ließ sich unter dem Eindruck des Wahlergebnisses vom 5. März 1933 vortübergehend zu Zugeständnissen bewegen. Ihren Wahlkampf hatte sie noch für die „Freiheit der Person und des Geistes“ geführt und entschieden Position gegen Gewalt und Unduldsamkeit bezogen. Ihre Hamburger Führung war für die Listenverbindung mit der SPD eingetreten, weil sie ihrer Überzeugung entsprach, dass der Stadtstaat nicht ohne die Repräsentanten der Arbeiterbewegung regiert werden könne. Allen Koalitionsangeboten der Nationalsozialisten hatten sich die maßgebenden staatsparteilichen Politiker deshalb vor dem 5. März versagt. Nun aber meinten sie, nach dem Ausschluss der Sozialdemokraten aus der Regierungsverantwortung rechtsstaatliche und liberale Grundsätze allenfalls sichern zu können, wenn sie im Senat verblieben. Sie gaben sich zwar keinen Illusionen darüber hin, dass ihr Einfluss in der Koalition gegenüber sechs Nationalsozialisten und vier Mitgliedern der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ gering sein würde. Gleichwohl hofften sie aber auf eine Chance, mäßigend zu wirken, weil die Wahl

Krogmanns zum Bürgermeister und die Verhandlungswilligkeit der NSDAP Kompromissbereitschaft zu signalisieren schienen.

So kehrte Walter Matthaei am 8. März für die Staatspartei in den Senat zurück und so stimmten ihre Reichstagsabgeordneten fünf Tage später sogar dem Ermächtigungsgesetz zu, in der erklärten Absicht, „die Möglichkeiten der gesetzlichen Entwicklung zu retten“ oder gar gegen die radikalen Kräfte in der NSDAP zu erweitern. Dass sich auch die Repräsentanten der Staatspartei an diese vage Hoffnungen klammerten, hatte eine Ursache auch darin, dass ihr viele jüngere Mitglieder, insbesondere Beamte und Staatsangestellte, aus Furcht vor Benachteiligung den Rücken kehrten und sich der NSDAP näherten. Doch schon bald erkannten die Führungsgremien, dass sie ‚Recht und Freiheit‘ nicht mehr garantieren konnten, dass sie durch die Billigung des Ermächtigungsgesetzes Willkür und Gewaltanwendung Vorschub geleistet hatten.

Die verbliebenen entschiedenen Demokraten, die gerade in Hamburg auch nach der Bildung der Staatspartei in ihr den Ausschlag gaben, vermieden nun jedes weitere Arrangement mit den neuen Machthabern. Sie bekannten sich zu ihren Grundsätzen und zu ihrer politischen Vergangenheit, zu ihrem Streben nach einer ‚Volksgemeinschaft‘ aus ‚freien Bürgern‘. Als sie diese Gemeinschaft in Freiheit nicht mehr sichern konnten, unterließen sie Anpassungsversuche. Auf einen harten Kern getreuer Bekenner gestützt, stand die Staatspartei bis zum Ende zu ihrem Programm. Allerdings besaß sie keinen Einfluss mehr und konnte nichts verändern. Bei der Neubildung des Senats am 18. Mai 1933 schied Walter Matthaei aus ihm aus, da die Nationalsozialisten nach der Veränderung der Machtverhältnisse in der Bürgerschaft auf die Staats-

partei keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchten.“

(Werner Jochmann: Die Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft in Hamburg, in: Ursula Büttner/Werner Jochmann: Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entwicklungsjahre 1931-1933, Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 1985, S. 62).

Henning Timpke kommentierte in seiner „Dokumentation zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933“ die Koalitionsbildung am 8.3.1933 folgendermaßen:

„In dieser Situation wurden die widerstrebenden Kräfte in der Deutschen Staatspartei und in der Volkspartei von Vertretern der Wirtschaft, des Beamtentums und großer Kreise des Bürgertums, selbst von Sozialdemokraten gedrängt, durch ihre Regierungsbeteiligung noch ein Mindestmaß an Sicherheit und Kontinuität in der Regierung und Verwaltung Hamburgs zu erhalten. Diesem Argument glaubte sich niemand verschließen zu können.“ (Frankfurt am Main 1964, S. 42)

Max Traeger 1933

Max Traeger war als Abgeordneter in der Bürgerschaft seit 1927 tätig gewesen. Er gehörte auch der Fraktion der Deutschen Staatspartei an, von der fünf Abgeordnete bei der Wahl des Senates am 8. März 1933 ihre Stimme den nationalsozialistischen und deutschnationalen Kandidaten verweigerten, die lediglich 79 Stimmen erhielten, während Walter Matthaei (Staatspartei) und Wilhelm Burchard-Motz (DVP), die schon dem vorigen Senat angehört hatten, 84 Stimmen bekamen. „Offenbar hatten fünf Abgeordnete der DStP den Rechten die Zustimmung verweigert.“ (Ursula Büttner: Der Aufstieg der NSDAP, in: Hamburg im Dritten Reich, hrsg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Göttingen

2005, S. 64).

Da es eine geheime Abstimmung gab, ist nicht gesichert, wer diese fünf Abgeordneten waren. Aus meiner Sicht spricht in Kenntnis der Biografie von Max Traeger alles dafür, dass er niemals einem Schulsenator Karl Witt und den anderen Nationalsozialisten seine Stimme gegeben haben konnte, die er über zehn Jahre vehement bekämpft hatte, genauso wie seine sozialistischen Kollegen, die als SPD-Abgeordnete der Abstimmung ferngeblieben waren, es gemacht hätten. Belegt ist dies nicht, ebenso wenig wie das Gegenteil.

Völlig absurd ist die von Bernhard Nette und Stefan Romey aufgestellte Vermutung, Max Traeger könnte im Oktober Hospitant der NSDAP-Fraktion in der Bürgerschaft gewesen sein. Der Hamburger Landesverband der Deutschen Staatspartei hatte sich am 26.6.1933 aufgelöst, am 7.7.1933 waren die Mandate der SPD und der Staatspartei in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Reichsverordnung annulliert worden (Ursula Büttner/Werner Jochmann (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur, Hamburg 1980, S. 163). Nach dem 28.6.1933 haben überhaupt keine Sitzungen der Hamburgischen Bürgerschaft mehr stattgefunden! Und Max Traeger war von den Nationalsozialisten aus seinem Schulleiteramt und allen Ehrenämtern entlassen worden.

Mit wilden Spekulationen und absurden Vermutungen wird versucht, einen Mann in die Nähe der Nationalsozialisten zu rücken, der mit diesen nachweislich überhaupt nichts zu tun hat. Beschämend.

Ein Letztes

Ein Letztes, um nicht zu sagen, das Allerletzte:

In hlz 11/2017 werden auf den Seiten 60 und 61 zwei Plakate der Deutschen Staatspartei (1930) und der FDP aus dem Jahre (1949/50) abgedruckt, mit



Emmy Beckmann

der Unterzeile: „Kann jemand, der 1930 die Volksgemeinschaft propagiert... und 1949/50 einen Schlussstrich unter die Nazivergangenheit fordert, der GEW als Vorbild dienen?“ Beide Plakate sind übrigens auch in dem von Micha Brumlik und Benjamin Ortmeier herausgegebenen Buch abgedruckt (Seite 25 und 40).

Als großen Schlag haben sich die beiden von B. Ortmeier so genannten „Hamburger Antigeschichtsrevisionisten“ Bernhard Nette und Stefan Romey ausgedacht, als Alternative zu Max Traeger die Hamburger Pädagogin *Emmy Beckmann* als Vorbild für die GEW zu empfehlen. Mit Süffisanz verweisen sie darauf, dass Emmy Beckmann in dem von mir und Volker Ullrich 1988 herausgegebenen Buch: „Der Traum von der Freien Schule. Schule und Schulpolitik in Hamburg während der Weimarer Republik“, Hamburg 1988, S. 342 ff. porträtiert worden ist. Und in der Tat ist Emmy Beckmann, die

erste Oberschulrätin in Hamburg, eine sehr respektable Person gewesen. Aber ist sie für die GEW eine Alternative zu Max Traeger als Namensgeberin für die Stiftung?

Sie war mit Max Traeger gemeinsam Fraktions-Mitglied der DDP und der Deutschen Staatspartei. In diesem Beitrag habe ich einen Artikel im „Hamburgischen Correspondent“ zitiert, der von einer Veranstaltung berichtet, auf der sich die Bürgerschafts-abgeordnete Emmy Beckmann für die Deutsche Staatspartei 1931 einsetzte. Und während Max Traeger nach 1945 zwar

Mitglied auch der FDP wurde, aber schwerpunktmäßig für die neu aufgebaute Lehrerorganisation in Hamburg und dann als Bundesvorsitzender der GEW arbeitete, war Emmy Beckmann von 1949 - 1957 auch wieder Bürgerschafts-abgeordnete der FDP geworden, also in den Zeiten Politikerin für die Partei, von der Ortmeier und Co. Plakate ausgegraben haben, die belegen sollen, dass jemand wie Max Traeger unmöglich der GEW als Vorbild dienen könne.

Hier fehlt nicht nur die Stringenz in der Argumentation, hier wird deutlich, wie hergeholt versucht wird, jemanden zu diskreditieren. Und, es gibt noch ein anderes Argument, warum Emmy Beckmann, bei allen Verdiensten, die sie auch aus meiner Sicht zweifellos hat, als Vorbild für die GEW nicht infrage kommt: *Sie war 1948 aus der GEW (Gesellschaft der Freunde) ausgetreten*, weil sie mit der von Schulsenator Heinrich Landahl mit Unterstützung der Gesell-

schaft der Freunde eingeführten sechsjährigen Grundschule in Hamburg als Philologin nicht einverstanden war. Und weil Stefan Romey und Bernhard Nette ihren Beitrag in dem Brumlik/Ortmeier-Buch überschrieben haben: „Es ist Zeit für die ganze Wahrheit“, soll auch nicht verschwiegen werden, dass Emmy Beckmann als FDP-Mitglied 1953 der Bürgerschaft angehörte, als der sogenannte „Hamburg-Block“ die Regierung übernahm, ein Bündnis aus CDU, FDP, Deutscher Partei (DP) und dem „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE).

Dieser Hamburg-Block machte den parteilosen Prof. Hans Wenke zum Schulsenator in Hamburg, dessen Hauptaufgabe es war, die sechsjährige Grundschule wieder zurück zu entwickeln. Es stellte sich später heraus, dass Hans Wenke deutlich NS-belastet war. Benjamin Ortmeier hatte die von Hans Wenke geschriebenen Beiträge in der von Wenke herausgegebenen Zeitschrift „Die Erziehung“ von 1934-1942 dokumentiert und mir kollegial zur Verfügung gestellt. Für den zweiten Band der „Täterprofile“ habe ich eine Biografie über Hans Wenke geschrieben („Täterprofile“ Bd. 2, Hamburg 2017, S. 208ff).

Und wenn Micha Brumlik wieder einmal bei Wikipedia nachschaut, würde er sehen, dass unter BHE vermerkt steht: „Unter den Mitgliedern der Partei fanden sich auch in leitenden Funktionen zahlreiche Mitglieder der NSDAP, darunter auch verurteilte Kriegsverbrecher.“

Damit möchte ich nicht Emmy Beckmann diskreditieren, sondern nur belegen, dass es 1960 nicht so einfach war, Vorbilder zu finden, die in diesen schwierigen Zeiten (von 1930 bis 1945 und danach) gelebt und gearbeitet haben.

HANS-PETER DE LORENT